

Prof. Dr. Ingo Wagner, Kerstin Wagner, Ulrich Wahl, Wolfram Walbrach, Sönke Wandschneider, Annika Weber, Reinhard Wegener, Gabriele Weiland, Ingrid Weiß, Reiner Weiß, Ilse Weißert, Tobias Weißert, Heinz Weißhaar, Gerd Weißmann, Regina Weißmann, Uwe Welteke-Fabricsius, Hans-Joachim Werner, Udo Wernick, Dagmar Werren, Helene Weynerowski, Sabine Widemann, Dorn Willerding, Bernhard Willner, Annett Winkler, Sebastian Winkler, Xenia Winkler, Elke Winter, Michael Winter, Siegfried Winter, Daniel Wolf, Gerhard Wolf-Mendl, Peter Wolter, Sabine Wolters, Margot Woltering, Undine Zachlot, Maria Zangerle, Ursula Zehfuß, Martin Zeis, Ewald Ziegler, Heidrun Ziehaus, Monika Ziehaus, Jena Ziermann, Jutta Zimmermann, Winfried Zimmermann, Wolf Zimmermann, Ada Zodrow, Wolfgang Zodrow.

Ziviles Gegengewicht zur Parteiendemokratie: Aufruf zu einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden

**Gemeinsame Erklärung von Wissenschaftlern und NGO-Repräsentanten,
Berlin, 4. Dezember 2001**

Leben und Frieden sind untrennbar miteinander verknüpft. Krieg vernichtet Leben. Mehr: Krieg unterbricht heute den zivilisatorischen Entfaltungsprozess und gefährdet die Zukunft der Menschheit. Die politischen Systeme sind offensichtlich außerstande, Kriege zu verhindern und Herausforderungen der Zukunft, wie die Eindämmung von Umweltkatastrophen, Hunger, Armut und Wasserknappheit, weltweite Geschlechtergerechtigkeit und die Verwirklichung der Menschenrechte, allein zu bewältigen. Wir sind aber der tiefen Überzeugung, dass die Menschen prinzipiell über ein beträchtliches Überlebenspotential verfügen, um die Herausforderungen der Zukunft meistern und dafür auch neue zivilisatorisch weiterführende Wege finden zu können. Dies jedoch nur, wenn wir lernen, Wege zu finden, dass der eigene Vorteil auch zum Vorteil der anderen wird. Die Belebung zivilgesellschaftlicher Potentiale und Fähigkeiten als konstruktives Gegengewicht zu Parteien, staatlichen Institutionen und wirtschaftlichen Eliten steht daher auf der politischen Agenda zu Beginn dieses Jahrhunderts.

Seit der Französischen Revolution hat die Menschheit beachtliche Fortschritte vor allem für den inneren Frieden und die Demokratie erzielt, ein Fortschritt für den Frieden innerhalb und zwischen vielen Staaten lässt dagegen immer noch auf sich warten. Selbst Staaten mit demokratischer Verfassung und Kultur führten in der Vergangenheit und führen auch heute Krieg zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen andere Staaten. Kolonialismus, zwei Weltkriege, das gigantische Wettrüsten zwischen den Machtblöcken und unzählige Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg sind Ausdruck der Unreife und der mangelnden Fähigkeit, das Lebensprinzip „wenn es den anderen gut geht, dann geht es auch mir gut“ zur Richtschnur jeglichen Handelns zu machen und dadurch auch die Grundlagen für innerstaatlichen wie zwischenstaatlichen Frieden zu legen. Gleichzeitig führt die Menschheit einen schleichenden Krieg gegen die Natur und zerstört seit Beginn der Industrialisierung mit wachsendem Tempo die natürlichen Lebensgrundlagen.

Die politischen Systeme erweisen sich zunehmend als unfähig, für existentielle Probleme zukunftsfähige Lösungen zu finden. Wir registrieren immer deutlicher eine tiefgreifende Demokratielücke. Wichtige Akteure der „großen Politik“ begreifen sich als Vollstrecker der Interessen einer kleinen, wirtschaftlich mächtigen und politisch einflussreichen Elite. Die Anfälligkeit der gegenwärtigen politischen Systeme für ihre Instrumentalisierung zugunsten einer Elite ist eine der Hauptursachen für folgenreiche Ungleichgewichte und Spannungen, die in ökologische Verwüstungen, Armut und Elend, Fluchtbewegungen, Terrorismus und letztlich zu Kriegen führen.

Zur Bewältigung dieser Aufgabe rufen wir dazu auf, eine weltweite Koalition von gesellschaftlichen Kräften für Leben und Frieden zu bilden. Wir rufen alle Menschen dazu auf, ihre Erfahrungen, Kompetenzen und ihr Wissen, unabhängig von Parteien, in das jeweilige politische System einzubringen. Wir betrachten diese historische Aufgabe als einen Beitrag für die

Weiterentwicklung der Demokratie und der menschlichen Zivilisation und gegen die Vernichtung von Leben. Wir wollen, dass Menschen neue Hoffnungen schöpfen, anstatt in Hoffnungslosigkeit, Lethargie und Misstrauen gegenüber der Zukunft zu verfallen. Wir wollen uns global vernetzen, um gemeinsam die Hindernisse auf diesem Weg zu bewältigen. Dabei ist uns bewusst, dass es erheblicher Ausdauer, Geduld, Weitsicht und schöpferischer Kraft bedarf, die Parteien und das Parlament von der Notwendigkeit der Übertragung eines Teils ihrer Macht und Legitimation zu Gunsten eines zivilgesellschaftlich legitimierte Gegengewichts zu überzeugen. Irgendwann muss aber mit Engagement für diese höchst anspruchsvolle historische Aufgabe begonnen werden: Heute.

Erstunterzeichner/innen: Dr. Franz Alt, Egon Bahr, Thilo Bode, Michael Bouteiller, Dr. Dieter Bricke, Daniela Dahn, Gerhard Diefenbach, Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Brigitte Erler, Helmut Frenz, Prof. Dr. Ulrich Gottstein, Jürgen Grässlin, Jörn Heher, Irmgard Heilberger, Prof. Dr. Johannes Heinrichs, Prof. Dr. Heinz Hilgers, Willi Hoss, Prof. Dr. Siegfried und Dr. Margarete Jäger, Prof. Dr. Walter Jens, Heiko Kauffmann, Prof. Dr. Ekkehard Krippendorf, Christiane Lammer, Herbert Leuninger, Volker Lindemann, Barbara Lochbihler, Dr. Heinz Loquai, Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Dr. Till Müller-Heidelberg, Prof. Dr. Oskar Negt, Leonie Ossowski, Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter, Peter Rühmkorf, Halo Saibold, Prof. Dr. Michael Schneider, Axel Schmidt-Gödelitz, Friedrich Schorlemmer, Heide Schütz, Dr. Reiner Steinweg, Frank Uhe, Peter Vonnahme, Dr. Reinhard Voß, Walter Wilken.

„Unsere Geschichte der verpaßten Chancen“

**Rede von Premierminister Tony Blair zur britischen Europapolitik
am 23. November 2001 in Birmingham**

(Wortlaut)

Am 23. November 2001 hielt der britische Premierminister Tony Blair anlässlich der Eröffnung eines European Research Institute an der Universität Birmingham eine bemerkenswerte, aber hierzulande wenig beachtete Rede. Um neue europäische Perspektiven für Großbritannien bemüht, skizzierte der Premier den Weg der (kontinental-)europäischen Integration von der Kohle- und Stahlgemeinschaft über die EWG bis zur heutigen EU und beklagte die Versäumnisse britischer Regierungen der vergangenen Jahrzehnte. Wir dokumentieren den Wortlaut der Rede. – D. Red.

Das European Research Institute macht Ihnen, Herr Rektor, Professor Michael Clarke, Dr. Anand Menon, seinem ersten Direktor, und allen hier in Birmingham, die die Fantasie und das Vertrauen aufgebracht haben, um diesen wichtigen Schritt zu tun, alle Ehre. Natürlich hätte ich wissen sollen, dass in jedem Projekt, mit dem David Hannay zu tun hat, die Initiative, Genialität und Entschlossenheit zum Ausdruck kommt, die er in das öffentliche Leben einbringt.

Das Institut ist dem lateralen Denken verpflichtet. Es ist interdisziplinär ausgerichtet und geht weit über das akademische Studium der Institutionen der Europäischen Union hinaus.

Ein starkes Europa

Solch laterales Denken ist im 21. Jahrhundert wichtig für Großbritannien und Europa. Angesichts der Instabilität der heutigen Welt ist der Erfolg Europas notwendiger als je zuvor. Die Nachwirkungen des 11. September haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass die Nationen nicht im Alleingang, sondern gemeinsam handeln, und welche Stärke sie dadurch gewinnen können.